



seit 1558

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Friedrich-Schiller-Universität Jena · Postfach · D-07740 Jena

ZDF German Television
Herrn Thomas Reichart
Redakteur Frontal 21
Unter den Linden 36 - 38
10117 Berlin

Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften

Carl-Zeiß-Str. 2
D-07743 Jena
Telefon: 0 36 41 · 94 55 21
Telefax: 0 36 41 · 94 55 22
Sekretariat: 03641-945520
E-Mail: klaus.doerre@
uni-jena.de
Jena, den 13. Mrz. 2006

Institut für Soziologie

**Univ.-Prof.
Dr. Klaus Dörre**

Sehr geehrter Herr Reichart,

nachdem ich nun das Manuskript der Frontal21-Sendung eingesehen habe (ich konnte die Sendung leider nicht im Original verfolgen, da ich erst kurz vor dem Chat zu Hause eingetroffen war), sehe ich mich veranlasst, dazu noch einmal schriftlich Stellung zu nehmen.

Die Hauptbotschaft der Sendung lautet, dass die Gewerkschaften in den aktuellen Tarifauseinandersetzungen nur die Interessen „privilegierter“ Arbeitnehmer verteidigen, während die eigentlichen Schutzbedürftigen außen vor bleiben. Bei aller Kritik, die auch ich an den Gewerkschaften habe, diese Botschaft unterstütze ich nicht! Ich halte sie im Gegenteil für völlig falsch. Darauf habe ich im Übrigen sowohl in unseren Vorgesprächen als auch vor laufender Kamera hingewiesen. Würden die Festangestellten aufhören, ihre Interessen zu verteidigen, so hätten die prekär Beschäftigten davon überhaupt nichts; eher würde die Unsicherheitsdynamik zusätzlich verstärkt. *Eine* wesentliche Ursache für die Entstehung von „Arbeitnehmern zweiter Klasse“ sind – trotz der schwierigen Finanzsituation übrigens auch im öffentlichen Dienst – simple Kostensenkungsstrategien, die einseitig auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Es gibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Schwächung kollektiver, tariflicher Regelungen und der Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse (siehe z. B. unsere Expertise „Prekäre Arbeit“, S. 37 ff.). Sie mögen eine andere Sichtweise haben, das ist natürlich legitim. Den journalistischen Zwang zur Zuspitzung in Rechnung gestellt, hätten Sie mich aber nicht für eine Interpretation vereinnahmen dürfen, die mit den Ergebnissen meiner Forschungen nicht in Einklang zu bringen ist.

Wenn Sie mich danach gefragt hätten, wäre ich gerne bereit gewesen, Ihnen etwas zu den Arbeitsbedingungen im Montagewerk Rastatt zu sagen, das Sie in Ihrem Beitrag als Beispiel für „Privilegienverteidigung“ anführen. In Rastatt habe ich selbst mehrfach geforscht. Bei meinen letzten Recherchen waren die Bandarbeiter wieder zu Taktzeiten von weniger als einer Minute zurückgekehrt. Teilweise wurde mit dem Rücken zum Fahrzeug und über Kopf gearbeitet, in manchen Bereichen ohne „Mitfahrband“. Wer unter solchen Bedingungen arbeitet, hat guten Grund, jede Pausenregelung mit Zähnen und Klauen zu verteidigen, denn die Wahrscheinlichkeit, dass er das Rentenalter einigermaßen gesund erreicht, ist nicht sehr groß. Zu den Belastungen der Bandarbeit gesellt sich seit geraumer Zeit die ständige Angst um den Arbeitsplatz, die längst auch die Stammebelegschaften in der Automobilindustrie erreicht hat. Gerade Rastatt ist ein gutes Beispiel dafür, dass die Grenzen zwischen den „Arbeitnehmern erster Klasse“ und den „Arbeitnehmern zweiter Klasse“ fließend geworden sind. Die Angst

vor dem Absturz grassiert längst auch bei Arbeitern und Angestellten, die formal noch in geschützte Beschäftigungsverhältnisse integriert sind. Dazu findet sich in Ihrem Beitrag leider keine Aussage; nicht nur die Arbeiter in Rastatt dürften den Vorwurf der „Privilegienverteidigung“ als blanken Zynismus empfinden.

Zu meiner Kritik, dass die Gewerkschaften der Ausbreitung unsicherer Beschäftigungsverhältnisse bis heute nicht genügend Beachtung schenken, stehe ich uneingeschränkt. Allerdings hat meine Kritik eine andere Stoßrichtung als Ihr Bericht. Mir geht es darum, dass die Gewerkschaften ihre Organisations- und Konfliktfähigkeit im prekären Bereich deutlich erhöhen. Davon sind sie noch ein gutes Stück entfernt. Es gibt inzwischen aber positive Ansätze. Ich selbst habe unsere Forschungsergebnisse, die auch in der Ihnen bekannten Expertise der Friedrich-Ebert-Stiftung enthalten sind, in den höchsten Führungsgremien von IG Metall und Verdi vorstellen können. Ich hatte keineswegs den Eindruck, auf taube Ohren zu stoßen. Die von mir angesprochenen Bornierungen des Gewerkschaftsapparates hat der DGB-Vorsitzende Michael Sommer während eines gemeinsamen Auftritts an der Universität Oldenburg (Anfang 2005, dokumentiert in den „Oldenburger Universitätsreden Nr. 162“) in sehr viel schärferen Worten kritisiert als ich sie gewählt habe. Aller Beharrungstendenzen zum Trotz ist seither einiges in Bewegung gekommen. Ich habe Sie vor und während des Interviews darauf hingewiesen. In Vorgesprächen hatte ich Ihnen u. a. die Namen von Klaus Pickshaus (IGM Projekt „Gute Arbeit“) und Jürgen Reusch („Zeitschrift Gute Arbeit“) genannt, die als Experten kompetent über die Schwierigkeiten der Interessenvertretung von prekär Beschäftigten berichten können. Ich hatte Sie an die Journalistin Michaela Böhm (Frankfurter Rundschau) verwiesen, die zu prekärer Arbeit recherchiert hat. Und ich hatte Ihnen Jacky Horn, den IGM-Bevollmächtigten von Ingolstadt, genannt, der sich in meinen Augen geradezu vorbildlich für Leiharbeiter eingesetzt hat. Ich hatte neue Organisationsformen wie den Verein der Wanderarbeiter der Gewerkschaft BAU genannt. Vor allem aber hatte ich die Bedeutung der Mindestlohndebatte angesprochen, in der zumindest einige Gewerkschaften, darunter Verdi (und gerade auch der Gewerkschaftsvorsitzende Bsirske), inzwischen eine klarer konturierte Position beziehen. Von allen genannten Personen hätten Sie Informationen erhalten können, die zu einer differenzierteren Betrachtungsweise hätten führen müssen. Stattdessen erschöpfte sich der Beitrag doch weitgehend in relativ oberflächlicher Schwarz-Weiß-Malerei.

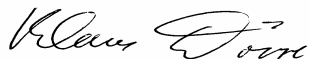
Entscheidender Punkt ist für mich, dass meine kritischen Aussagen in einen problematischen Kontext gerückt wurden. Die Arbeiten meiner Forschergruppe zeigen, dass ständige Unsicherheit und Prekarisierung auch innerhalb der Stammebelegschaften dazu führen, dass Ansprüche an „gute Arbeit“ immer mehr unter Druck geraten. Diese Tendenz halte ich für fatal, weil die „Billiger-statt-besser-Strategien“ Innovationsfaulheit verstärken und bereits jetzt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit vieler Unternehmen schwächen. Wer den Wettbewerb vor allem über Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzungen führt, muss sich über Produkt- und Prozessinnovationen weniger Gedanken machen! Schon aus diesem Grund halte ich es für wichtig, Ansprüche von Festangestellten nicht dadurch zu delegitimieren, dass man sie mit dem Argument unter Druck setzt, es gehe anderen noch schlechter. In ihrem Beitrag geschieht jedoch genau das; Ansprüche an ein „normales“ Beschäftigungsverhältnis erscheinen als unzeitgemäßes „Privileg“. Gänzlich unfreiwillig belegt Ihr Beitrag so tatsächlich eine geradezu fatale Wirkung von Prekarisierungsprozessen.

Ich habe mich gefragt, was Journalisten immer wieder zu so überaus harscher Gewerkschaftsschelte motiviert. Vielleicht bewirken die prekären Arbeitsbedingungen, die ja auch in

der Film- und Fernsehbranche vielfach üblich geworden sind, dass die Beschäftigungsverhältnisse von Stammbesetzungen in Großunternehmen oder im öffentlichen Dienst auch den verantwortlichen Journalisten als ein „privilegiertes Status“ erscheinen. Und vielleicht ist es der eigene Leidensdruck, der nach einem Ventil sucht. Das wäre immerhin eine nachvollziehbare Erklärung. Wie dem auch sei, ich selbst ziehe aus der Angelegenheit jedenfalls den Schluss, dass mehr Vorsicht bei öffentlichen Äußerungen geboten ist. Künftig werde ich mich genauer nach dem Kontext erkundigen, in dem meine Aussagen eingebettet werden sollen.

Weil Ihr Beitrag eine brisante, hoch aktuelle Problematik angesprochen hat, hoffe ich ein wenig auf die „Dialektik von Intention und Resultat“. Aller kritischen Anmerkungen zum Trotz hat die Sendung vielleicht doch dazu beigetragen, dass die Probleme prekär Beschäftigter stärker in die Öffentlichkeit getragen werden. Sollte das zutreffen, hätte die ganze Sache doch Ihr Gutes.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Klaus Dörre